

## Protokoll Nr. 18 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

**Sitzungstermin:** Donnerstag, 13.02.2014  
**Beginn der Sitzung:** 17:00 Uhr  
**Ende der Sitzung:** 19:30 Uhr  
**Sitzungsort:** Ratssaal, Verwaltungsgebäude II

### Anwesend:

#### **Vorsitzende**

Grix, Helga

#### **SPD-Fraktion**

Kaufmann, Nils  
Meinen, Regina  
Scheffel, Enno

für Elfriede Meyer

#### **CDU-Fraktion**

Risius, Andrea

für Albert Ohling

#### **Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**

Lechner, Katja

(bis 19:00 Uhr)

#### **FDP-Fraktion Grundmandat**

Fooker, Ralf

#### **Stimmberechtigte Sonstige Mitglieder**

Grix, Wilhelm  
Jensen, Imke  
Kruse, Helga

#### **Beratende Mitglieder**

Dietz, Ralf-Günter  
Engelberts, Birte  
Fielers, Stephan  
Ouedraogo, Abdou  
Weber-Trappiel, Franziska  
Wilts, Elfriede  
Reibe, Ulf  
Sprengelmeyer, Thomas

(bis 18:55 Uhr)

(bis 19:20 Uhr)

#### **von der Verwaltung**

Lücht, Richard  
Philipps, Egon  
Ubben, Wolfgang  
Becker, Frank-Olaf

#### **Protokollführung**

Rauch, Agnes

#### **Gast**

Bongartz, Helmut

(bis 19:00 Uhr)

## Protokoll Nr. 18 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 13.02.2013

### Öffentlicher Teil

**TOP 1** Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

**Frau Grix** begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

**Beschluss:** Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

**Ergebnis:** einstimmig

**TOP 2** Feststellung der Tagesordnung

**Herr Sprengelmeyer** bittet darum, die Tagesordnung um den Punkt „Förderung einer Schülerstudienreise der Berufsbildenden Schulen Emden nach Indien“ zu erweitern und diesen als Tagesordnungspunkt 8.1 zu behandeln.

**Beschluss:** Die geänderte Tagesordnung festgestellt.

**Ergebnis:** einstimmig

**TOP 3** Genehmigung des Protokolls Nr. 17 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 04.12.2013 - öffentlicher Teil

**Beschluss:** Das Protokoll Nr. 17 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 04.12.2013 – öffentlicher Teil – wird genehmigt.

**Ergebnis:** einstimmig

**TOP 4** Einwohnerfragestunde

**Herr Ingolf Majuntke** fragt zu Tagesordnungspunkt 9 an, inwieweit die Feststellung und die Ergebnisse dieses Modellprojekts bezüglich der Einhaltung des Jugendschutzes durch Kontrollen verifiziert worden seien.

**Frau Grix** entgegnet, diese Frage werde unter dem Tagesordnungspunkt beantwortet.

### **B E S C H L U S S V O R L A G E N**

**TOP 5** Zuschuss an die AWO, Kreisverband Emden e.V.  
Vorlage: 16/1088

**Herr Lücht** erklärt, es sei Ziel der Verwaltung, dem Jugendhilfeausschuss eine Leistungs- und Entgeltvereinbarung vorzulegen, dass der dauerhafte Betrieb der Beratungsstelle über den städtischen Zuschuss und den Landeszuschuss abgesichert werde könne. Gegenstand dieser heutigen Vorlage sei es, den Zuschuss für das Jahr 2014 zum Weiterbetrieb der Beratungsstelle abzusichern. Die AWO habe dazu Landesmittel beantragt. Seiner Meinung nach würde der Bewilligungsbescheid jedoch noch nicht vorliegen. Es gehe nunmehr darum, den Zuschuss für das Jahr 2014 auf den Weg zu bringen.

## Protokoll Nr. 18 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 13.02.2013

**Frau Meinen** führt aus, die Beratungsstelle werde gut angenommen. Daher werde die SPD-Fraktion dieser Vorlage zustimmen.

**Frau Risius** bemerkt, auch ihre Fraktion werde der Vorlage zustimmen, da das Geld gut investiert sei.

Die Beratung und Abstimmung hat ohne Herrn Grix stattgefunden.

**Beschluss:** Die AWO, Kreisverband Emden e.V., erhält für den Betrieb der Anlauf- und Beratungsstelle im Bereich Gewalt gegen Kinder und Jugendliche für das Jahr 2014 eine Zuwendung in Form einer Festbetragsfinanzierung in Höhe von 24.644 €.

Die Verwaltung des Jugendamtes wird beauftragt, mit dem Träger die Konditionen für den Betrieb der Anlauf- und Beratungsstelle bis zum 31.12.2014 neu zu verhandeln und eine entsprechende modifizierte Leistungs- und Entgeltvereinbarung vorzubereiten.

**Ergebnis:** einstimmig

**TOP 6** Kooperationsvereinbarung zwischen der Evangelischen Familien-Bildungsstätte und der Stadt Emden  
Vorlage: 16/1115

**Herr Ubben** erläutert den Inhalt der Vorlage.

**Frau Grix** bedankt sich und bittet um Wortmeldungen.

**Frau Meinen** erklärt, ihre Fraktion werde der Vorlage zustimmen, da es wichtig sei, gerade die Kindertagespflegepersonen qualifiziert zu begleiten.

**Frau Risius** führt aus, auch die CDU-Fraktion werde zustimmen. Sie fragt an, wie viele ausgebildete Tagesmütter es inzwischen geben würde und ob diese auch alle benötigt würden.

**Herr Ubben** sagt eine Beantwortung über das Protokoll zu.

*Anmerkung der Protokollführung:*

*Derzeit gibt es 37 aktive Tagespflegepersonen, d. h. diese Personen haben eine gültige Pflege-erlaubnis bzw. Eignungsprüfung als Kinderfrau. Von den gesamten Personen sind derzeit 30 in der Tagespflege tätig.*

**Beschluss:** Der in der Anlage zur Vorlage 16/1115 beigefügten Kooperationsvereinbarung zwischen der Evangelischen Familien-Bildungsstätte und der Stadt Emden wird zugestimmt.

**Ergebnis:** einstimmig

**TOP 7** Erweiterung des Betreuungsangebotes für Kindertageseinrichtungen in Emden  
Vorlage: 16/1116

**Herr Ubben** erläutert den Inhalt der Vorlage.

## Protokoll Nr. 18 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 13.02.2013

**Frau Grix** bedankt sich und bittet um Wortmeldungen.

**Frau Meinen** begrüßt diese Vorlage. Sie fragt an, ob die Träger auch tarifgerecht zahlen würden.

**Frau Lechner** bittet um Auskunft, wie der zeitliche Bedarf überhaupt festgestellt werde.

**Herr Ubben** entgegnet, der Bedarf werde über Abfragen bei den Einrichtungen festgestellt. Die Eltern würden sich bei den Kindertagesstätten melden. Daraufhin würden mit den Trägern Gespräche geführt. Er gibt zu bedenken, letztendlich würde es hier auch eine Tarifautonomie geben.

**Herr Grix** geht davon aus, dass generell nachgeprüft werde oder zumindest eine Erklärung abgefordert werde, dass die Tariftreue gewahrt bleibe.

Diese Aussage wird von **Herrn Ubben** bestätigt.

**Beschluss:** Der Jugendhilfeausschuss der Stadt Emden stimmt einer Erweiterung der Betreuungszeiten wie in der Anlage zur Vorlage 16/1116 dargestellt zu. Die Sonderöffnungszeiten (Anlage) werden vorerst zeitlich befristet für die Dauer von drei Jahren ab dem 01.08.2014 gewährt.

**Ergebnis:** einstimmig

**TOP 8** Einführung einer Beitragsfreiheit für Geschwisterkinder ab dem 01.01.2014 für den Bereich Kindertagespflege  
Vorlage: 16/1119

**Herr Ubben** erklärt, diese Vorlage sei eine Ergänzung zur Vorlage der Geschwisterfreistellung im Bereich der Kindergärten, die bereits im letzten Jahr beschlossen worden sei. Es würde natürlich auch die Problematik geben, dass Kinder im Kindergarten seien, während jüngere Geschwister in der Tagespflege betreut würden. Mit dieser Vorlage werde nunmehr eine Gleichbehandlung geschaffen. Darüber hinaus wolle man aber auch die Satzung aktualisieren, weil sich wieder einige Änderungen ergeben hätten.

**Frau Grix** bedankt sich und bittet um Wortmeldungen.

**Herr Bongartz** weist darauf hin, dass die Geschwisterregelung die größte Wohltat sei, die der Rat gemeinschaftlich beschlossen habe, um die Eltern zu entlasten.

**Beschluss:** Ab dem 01.01.2014 werden Geschwisterkinder einer Familie, die in einem Haushalt leben und die zeitgleich Anspruch auf einen Krippen- oder Kindergartenplatz haben, bei der Gewährung von Kindertagespflegeleistungen beitragsfrei gestellt. Diese Regelung gilt analog zur Geschwisterregelung für Kindergartenkinder.  
Die Verwaltung wird beauftragt, die Satzung über die Gewährung einer laufenden Geldleistung sowie die Erhebung eines Kostenbeitrages im Rahmen der Kindertagespflege entsprechend anzupassen.

**Ergebnis:** einstimmig

## Protokoll Nr. 18 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 13.02.2013

**TOP 8.1** Förderung einer Schülerstudienreise der Berufsbildenden Schulen Emden nach Indien  
Vorlage: 16/1087/1

**Herr Sprengelmeyer** stellt heraus, die Vorlage beinhalte den Beschluss, ob es einen Zuschuss im Rahmen der internationalen Begegnungen nach den Richtlinien zur Förderung der Jugendarbeit für neun Schülerinnen und Schüler der Berufsbildenden Schulen zu einer Bildungsreise nach Indien geben würde. Die Verwaltung sei mit dieser Thematik Mitte Dezember 2013 konfrontiert worden, weil eine gemachte Zusage eines Bundesministeriums so nicht greifen konnte. Die Planer hätten somit nicht gewusst, ob sie diese Fahrt noch durchführen könnten, da eine Finanzierungslücke von 10.000 € entstanden sei. Eine entsprechende Beschlussvorlage sei seitens der Verwaltung dann in den Verwaltungsausschuss gegangen. Der habe aber verständlicherweise gesagt, dass man das pauschal so nicht fördern könne. Danach sei mit den Organisatoren weiter beraten worden, was man machen könnte. In diesen Beratungen habe sich, wie es auch schon an einigen anderen Schulen gemacht worden sei, die Möglichkeit aufgetan, hier eine Ausnahme im Rahmen der Richtlinien zur Förderung der Jugendarbeit zu gewähren. Eine genaue Berechnung für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer sowie deren Betreuerinnen und Betreuer sei in der Vorlage aufgeführt. Abschließend stellt Herr Sprengelmeyer heraus, natürlich sei dieses eine Ausnahme und müsse es auch bleiben. Gleichwohl plane die indische Seite einen Gegenbesuch, sodass man tatsächlich hier von einem Austausch reden könne. Vor diesem Hintergrund habe die Verwaltung sich entschlossen, dem Jugendhilfeausschuss zu empfehlen, diese Ausnahme einzuräumen.

**Frau Grix** bedankt sich und bittet um Wortmeldungen.

**Frau Meinen** begrüßt grundsätzlich den Auslandsaustausch. Jedoch habe man von ca. 1,5 Jahren Richtlinien für Kinder- und Jugendarbeit beschlossen, wie Bezuschussungen sein sollten. Es sei klar gesagt worden, dass diese Sachen auszunehmen seien. Sie gehe davon aus, dass die SPD-Fraktion einen Antrag stellen werde, dass neue Bezuschussungsrichtlinien auf den Weg gebracht würden, die nur für die schulischen Aktionen gelten würden. Abschließend bemerkt Frau Meinen, die SPD-Fraktion möchte diese Beschlussvorlage mit in die Fraktion nehmen, um sie dort zu besprechen.

**Herr Quedraogo** erklärt, er begrüße die Empfehlung der Verwaltung, dieses Projekt zu fördern und hoffe, dass diese Vorlage die Zustimmung des Jugendhilfeausschusses finden werde.

**Frau Risius** führt aus, die CDU-Fraktion könnte heute der Vorlage bereits zustimmen. Ihrer Meinung nach handele es sich wirklich um eine Ausnahme und der Rat sei schon länger mit diesem Thema befasst.

**Frau Lechner** stellt heraus, sie könne sich sowohl Frau Meinen als auch Frau Risius anschließen. Jedoch sei sie ein wenig verwundert, dass die Betroffenen heute nicht im Publikum vertreten seien, um das Ganze selbst auch zu unterstützen. Ansonsten könne sie der Vorlage zustimmen.

**Herr Grix** erklärt, die Austausche der lutherischen Kirche in Emden mit der Kirche in Indien hätten bereits Tradition. Allerdings würden diese mehr im Erwachsenenbereich durchgeführt, darum wäre es sicherlich interessant, wenn ein solcher Austausch begonnen werde. Er stellt heraus, die Richtlinien, die sich der Jugendhilfeausschuss selber gegeben habe, würden eigentlich grundsätzlich diese Begegnungen nicht zulassen. Von daher könne der Ausschuss dieses als Ausnahme beschließen. Eine Verweisung an die Fraktionen würde die ganze Sache in Frage stellen, da die Entscheidung relativ schnell gefasst werden müsse. Er habe auch kein Problem damit, wenn diese Vorlage als Umlaufbeschluss entschieden werde. Seiner Meinung nach sollte die Entscheidung hier wohlwollend betrachtet und auf den Weg gebracht werden. Gleichwohl

## Protokoll Nr. 18 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 13.02.2013

sei die Anregung von Frau Meinen richtig, darüber nachzudenken, für schulische Maßnahmen eine besondere Richtlinie zu finden. Darüber hinaus sollte seitens der Verwaltung eine größtmögliche Hilfestellung gegeben werden, wenn es darum gehe, internationale Begegnungen außerhalb des europäischen Auslands durchzuführen.

**Herr Fooker** erklärt, grundsätzlich sei der Beschlussvorschlag in Ordnung und würde auch die Zustimmung der FDP-Fraktion finden. Dennoch würde er sich bei einer heutigen Abstimmung der Stimme enthalten, da er sich mit seiner Fraktion nicht abstimmen habe können. Daher könne er mit dem Vorschlag von Frau Meinen, die Vorlage zunächst in die Fraktionen zu verweisen und anschließend im Verwaltungsausschuss zu entscheiden, gut leben.

Weiterhin bemerkt Herr Fooker, bis heute Morgen sei diese Vorlage nicht im Ratsinformationsprogramm einsehbar gewesen. Wie er gerade von der Vertreterin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erfahren habe, sei diese Vorlage in deren Fraktion bereits gestern ein Thema gewesen. Er frage sich, warum die Verwaltung die Vorlage nicht rechtzeitig ins Internet gestellt habe, damit die Ratsmitglieder die Chance hätten, sich kurzfristig innerhalb der Fraktion abzustimmen.

*Anmerkung der Protokollführung:*

*Herr Fooker ist im Jugendhilfeausschuss kein stimmberechtigtes Mitglied, sondern Inhaber eines Grundmandates. Fraktionen und Gruppen des Rates, auf die bei der Verteilung der Sitze für die 3/5-Gruppe kein Sitz entfallen ist, sind gemäß § 4 Abs. 3 AG KJHG berechtigt, je ein zusätzliches Mitglied mit beratender Stimme zu entsenden (Grundmandat).*

**Frau Grix** ist ebenfalls der Ansicht, bei einer rechtzeitigen Bereitstellung der Vorlage hätten sich die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses hinsichtlich der Bezuschussungsrichtlinien besser auf dieses Thema vorbereiten können.

**Herr Reibe** stellt heraus, Ausnahmegenehmigungen für Schulen würden in jedem Jahr beschlossen werden. Diese seien allerdings inhaltlich immer so begründet, dass der Fokus auf den Austausch mit Archangelsk und auf Reisen nach Polen gelegt werde, da es sehr stark um die deutsche Geschichte gehe. Sicherlich werde hier ein neues inhaltliches Feld aufgemacht und es müsse natürlich diskutiert werden, wie man damit umgehen wolle. Er wolle aber auch darauf hinweisen, dass die Verwaltung natürlich auch immer prüfe, inwieweit Bundes- oder Landesgelder akquiriert werden könnten.

**Herr Sprengelmeyer** führt aus, das ganze Thema sei bis zum letzten Moment bearbeitet worden, daher konnte diese Vorlage nicht frühzeitig zur Verfügung gestellt werden. Auch der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen habe von ihm nichts Schriftliches erhalten. Er habe ihm nur am Rande eines Gespräches darauf hingewiesen, dass an dieser Stelle etwas kommen würde. Heute Morgen habe er die Vorsitzende des Jugendhilfeausschusses als erstes über diese Vorlage informiert. Nach Beendigung seiner Termine am Vormittag habe er dann die Herren Bongartz und Bolinius angerufen. Herr Sprengelmeyer weist darauf hin, dass der ganze Fachbereich Jugend, Schule und Sport unter großer Anspannung arbeiten würde. Er führt aus, hier würde man über eine Fahrt sprechen, bei der die Organisatoren versucht hätten, eine Finanzierung außerhalb des städtischen Haushalts auf die Beine zu stellen. In dem Moment, als sie gemerkt hätten, dass es nicht funktioniere, sei die Überlegung gekommen, ob so etwas auch über die Stadt Emden zu regeln sei, da in die Vorbereitung auch über ein Jahr Arbeit hineingesteckt worden sei. In den letzten Wochen und Tagen seien weitere Ideen gestrickt worden, wie man eine Beteiligung und Unterstützung dieser teuren Fahrt hinbekommen könne.

Herr Sprengelmeyer führt aus, natürlich könne diese Vorlage an die Fraktionen verwiesen werden. Dennoch habe der Jugendhilfeausschuss eine gewisse Eigenständigkeit. Im Übrigen sei er sehr dafür, dass man überlege, wie man zukünftig mit schulischen Maßnahmen im Rahmen internationaler Begegnungen umgehen wolle. Aus seiner Sicht sei es begrüßenswert, dass Schulen hier in diesem Rahmen aktiv seien. In einer globalisierten Welt sei es wichtig, gerade

## **Protokoll Nr. 18 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 13.02.2013**

auch mit Blick auf berufliche Perspektiven internationale Eindrücke zu sammeln, sodass die Verwaltung es schon sehr begrüße, wenn sich die Schulen hier auf den Weg machen würden. Aber dafür sollte es im Inhalt und in der Finanzierung einen Standard geben. Im Übrigen müsse man sich dann auch überlegen, wie man mit anderen Anträgen in diesem Jahr umgehen wolle.

**Herr Bongartz** stellt heraus, es sei nur eine Marginalie, über die der Jugendhilfeausschuss heute entscheiden müsse. Die Grundvoraussetzungen seien im Dezember 2013 anders gewesen. Nun habe die Verwaltung eine Möglichkeit gefunden, Gelder aus einem eigenen Förderprogramm zu akquirieren. Man müsse zwar auf eine Ausnahmeregelung zurückgreifen, aber dieses sei seiner Ansicht nach besser, als sich Gedanken über eine neue Richtlinie zu machen.

**Frau Engelberts** erklärt, sie habe großes Verständnis dafür, dass eine grundsätzliche Regelung gefunden werden müsse. Das Kollegium der Berufsbildenden Schule sei sehr engagiert, würde Wert auf qualitativ gute Arbeit legen und sich viel Gedanken machen. Ihrer Meinung nach könne der Jugendhilfeausschuss in diesem Fall eine Ausnahme machen und das Engagement unterstützen, weil es wirklich eine gute Sache sei.

**Herr Grix** würde es begrüßen, wenn eine eigenständige Richtlinie erarbeitet würde, damit man wisse, wie zukünftig mit den Schulen umgegangen werden könne. Er bittet die SPD-Fraktion, dieser Beschlussvorlage zuzustimmen.

**Frau Meinen** erklärt, die SPD-Fraktion werde nunmehr der Vorlage zustimmen.

**Beschluss:** Für die Teilnahme der beteiligten neun Schüler/innen mit Wohnsitz Emden sowie deren zwei Begleitern/innen an einer Bildungsreise der beiden Emdener Berufsbildenden Schulen vom 26. März bis 12. April 2014 nach Indien wird im Rahmen der Richtlinien zur Förderung der Jugendarbeit als Maßnahme im Sinne einer internationalen Begegnung ein Zuschuss in Höhe von 2.107 € gewährt.

**Ergebnis:** einstimmig

### **MITTEILUNGSVORLAGEN**

**TOP 9** Information zum präventiven Modellprojekt - Abgabe von Alkohol, Tabak und dem Zugang zu Glücksspielen an bzw. für Kinder und Jugendliche (angelehnt an das KAFKA Projekt in Berlin von der Abt. Gesundheit und Soziales)  
Vorlage: 16/1055

**Herr Philipps** erklärt, Herr Becker habe es übernommen, die Ergebnisse des Präventionsprojektes heute hier vorzustellen, da die eine Kollegin von Herrn Becker zwischenzeitlich den Arbeitsplatz gewechselt habe und die andere erkrankt sei.

Innerhalb der Verwaltung sei ein Zusammenspiel zwischen zwei verschiedenen Fachbereichen zustande gekommen, um das Thema gemeinsam zu machen. Herr Philipps bedankt sich bei der AWO, die als Kooperationspartner eingetreten sei und das Projekt unterstützt habe. Sein Dank gilt auch der DROBS in Leer, die zur Vorbereitung des Projekts die Schulungen der Mitarbeiter vorgenommen hätten.

**Herr Becker** stellt anhand einer PowerPoint-Präsentation das Präventionsprojekt zur Erhöhung der Verantwortlichkeit im Umgang mit der Abgabe von Alkohol, Tabak und dem Zugang zu Glücksspielen an bzw. für Kinder und Jugendliche vor. Diese Präsentation ist im Internet unter [www.emden.de](http://www.emden.de) einsehbar.

## Protokoll Nr. 18 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 13.02.2013

**Frau Grix** bedankt sich und bittet um Wortmeldungen.

**Frau Meinen** bedankt sich ebenfalls für den gut strukturierten Vortrag des Projektes und zeigt sich von den absolvierten 156 Kontakten in einer relativ kurzen Zeit beeindruckt. Es wäre gut, wenn dieses Thema bei den Jugendlichen ankomme und bei den Vereinen gefestigt würde.

**Herr Fielers** stellt heraus, grundsätzlich würde er dieses Projekt auch begrüßen, jedoch sei ihm das Logo nirgendwo aufgefallen. Die Zahl von 156 besuchten Betrieben halte er in Anbetracht der vielen Anbieter von Alkohol, Tabak etc. für relativ gering.

**Frau Risius** entgegnet, ihr sei dieser Aufkleber schon häufiger aufgefallen. Sie bedankt sich bei Herrn Becker für den guten Vortrag und fragt an, ob neben den Sportvereinen auch geplant sei, andere Vereine wie Bürgerinitiativen und Bürgervereine etc. anzusprechen. Weiter stellt sie die Frage, ob Testkäufe durchgeführt worden seien.

**Frau Lechner** erklärt, ihr sei aufgefallen, dass es ein wirklich vorbildliches Projektmanagement sei und man diesem Vortrag inhaltlich wunderbar folgen konnte. Auch sie habe diese Aufkleber häufig gesehen und sei der Ansicht, dass mittlerweile die Verkäuferinnen und Verkäufer für dieses Thema sensibilisiert seien. Leider sei es aber auch noch das Problem, dass viele junge Erwachsene Alkohol kaufen würden und ihn an Jugendliche weitergeben würden.

**Herr Ouedraogo** begrüßt ebenfalls dieses Projekt und erkundigt sich, welche Erklärungen die Discounter gehabt hätten, die nicht an dem Projekt mitmachen wollten.

**Herr Fooken** bedankt sich auch für den umfassenden und sehr guten Vortrag. Er führt aus, so wie die Erziehung inzwischen im Kindergarten oder in der Schule stattfindet, werde hier die Verantwortung auf Dritte übertragen, weil die Eltern ein Stück weit versagen würden. Er fragt an, ob daran gedacht worden sei, an die Wurzeln heranzugehen und dieses Thema noch einmal aktiv z. B. in Elternabende in der Schule zu behandeln.

**Herr Dietz** bedankt sich ebenfalls für die Ausführungen. Er würde das Projekt auch sehr gut finden, da es sehr wichtig sei, den Jugendschutz in Emden zu verankern. Auch müssten die bisherigen Betriebe und die neuen Gewerbetreibenden weiterhin besucht und informiert werden, damit das Projekt möglichst nachhaltig sei.

**Herr Becker** führt aus, bei den 156 Betrieben handele es sich tatsächlich um alle Betriebe in Emden, die in irgendeiner Art und Weise Alkohol und Zigaretten verkaufen würden oder Glücksspielgeräte usw. hätten. Bezüglich der Sportvereine erklärt er, es seien durchaus auch Anfragen von Bürgervereinen eingegangen. Dort sei er dann auch gewesen. Jedoch sei es noch nicht angedacht, auf die Bürgervereine zuzugehen. Dieses habe aber auch mit der Projektdauer zu tun.

Er bestätigt die Aussage, dass tatsächlich Leute wie z. B. Obdachlose angesprochen würden, ob sie für die Jugendlichen Alkohol besorgen könnten. Hier sei es zu begrüßen, dass oftmals die Verkäuferinnen oder Verkäufer diese Absicht durchschauen und diesen Menschen nichts verkaufen würden. Gerade solche Betriebe seien erfreut, wenn sie durch derartige Projekte unterstützt würden.

Herr Becker führt bezüglich der Discounter aus, er sei überall sehr positiv aufgenommen worden. Doch vielen Discounter seien leider die Hände gebunden gewesen, da dort vom Bezirksleiter gesagt worden sei, dass außer der eigenen Werbung nichts aufgeklebt werden dürfe. Das würde nicht an dem Projekt oder an mangelndem Interesse liegen, es sei in den Fällen eine Grundsatzentscheidung gewesen.



## Protokoll Nr. 18 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 13.02.2013

**Herr Grix** erklärt, er habe bei der Vorstellung des Projektes gehofft, dass es so gut verlaufe, wie es nunmehr verlaufen sei. Dieses Projekt sei als Präventionsprojekt zu sehen, das langfristig der Kommune Gewinn bringe. Dieser Gewinn werde nicht als Geld in die Kasse fließen, sondern, es müsse kein Geld für Dinge ausgegeben werden, um dann die Jugendlichen und Kinder wieder in die normale Situation zurückzuholen.

**Frau Engelberts** begrüßt dieses gute Projekt und die Aufkleber, die einen großen Aufforderungscharakter hätten. Bei diesem Projekt werde ganz deutlich, dass man hier von gesellschaftlicher Mitverantwortung spreche. Dieses Thema müsste in der Öffentlichkeit sensibilisiert werden, damit die Menschen auch anfangen würden, sich darüber Gedanken zu machen. Bei den Jugendlichen sei es häufig davon abhängig, in welchen Peergroups sie sich aufhalten und ob diese dazu neigen würden, evtl. Drogen oder Alkohol zu konsumieren. Sicherlich spiele auch das Elternhaus eine wichtige Rolle. Sie begrüße den Ansatz, dass präventiv etwas getan werde, da das Elternhaus die jeweiligen Peergroups nicht immer beeinflussen könne.

**Herr Philipps** erklärt, das Projekt sei damals mit einer Befristung für ein Jahr aufgelegt worden. Danach sei es um ein halbes Jahr verlängert worden. Mittlerweile würde das Ende des Projektes grundsätzlich erst einmal kurz bevorstehen. Aufgrund dessen sei eine weitere Ausdehnung auf andere Vereine im Moment nicht vorgesehen. Hinsichtlich der Nachhaltigkeit bemerkt er, es seien Mappen vorbereitet worden, die auch wie die Aufkleber weiterhin verfügbar seien. Seiner Ansicht nach würden die Aufkleber auch wahrgenommen werden.

Er führt weiter aus, man sei an das Projekt herangegangen, um das Thema bei den Leuten, die damit zu tun hätten, weiter nach vorne ins Bewusstsein zu bringen. Er sei auch bereits bei Testkäufen mit unterwegs gewesen und hätte feststellen können, dass z. B. die Menschen an den Kassen aufgrund der Situation und des Arbeitsstresses bestimmte Dinge einfach übersehen hätten. So habe man sich zwar den Ausweis zeigen lassen, aber das Alter des Käufers nicht richtig berechnet. Danach habe man seitens der Verwaltung eine Tabelle angeboten, die auch sehr dankbar angenommen worden sei.

Bezüglich der Bürgeranfrage zum Thema Testkäufe stellt Herr Philipps heraus, bei diesem Projekt sei der präventive Ansatz in den Vordergrund gestellt worden. Insofern sei man natürlich nicht hingegangen und habe die Testkäufe dort praktiziert. Aus der Mitte des Ausschusses sei beim Vorstellen der Ergebnisse des Testkaufes seinerzeit der Hinweis gekommen, einen anderen Weg zu gehen. Danach habe man diesen Weg eingeschlagen und sei sehr zufrieden mit dem, was an Reaktionen käme.

**Herr Sprengelmeyer** bezieht sich auf die Frage von Herrn Fooken hinsichtlich des Elternhauses. Man müsse an der Stelle sagen, dass es sich hier um ein sehr zielgruppenorientiertes Projekt in diesem Rahmen gehandelt habe. Die Zielgruppe seien die Gewerbetreibenden gewesen, um dort die Verantwortung in der Form von Abgaben zu erhöhen. Zu der Frage in Richtung erzieherischer Jugendschutz führt er aus, diese Frage richte sich insgesamt an den Kinder- und Jugendschutz, wie man sich da aufstellen wolle. Natürlich würde es Informationsveranstaltungen in mannigfaltiger Art und Weise geben, wenn auch nicht zurzeit. Er sagt einen Vortrag über die Aufstellung des Kinder- und Jugendschutzes in einer der kommenden Sitzungen zu.

**Frau Weber-Trappiel** bemerkt, sie halte eine stabile Nachhaltigkeit für die langfristige Entwicklung der Jugend für sehr wichtig.

**Ergebnis:** Kenntnis genommen.

## Protokoll Nr. 18 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 13.02.2013

**TOP 10**                    Jahresbericht 2012 der Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit  
Vorlage: 16/1118

**Herr Reibe** stellt anhand einer PowerPoint-Präsentation den Jahresbericht 2012 der Einrichtungen der offenen Kinder- und Jugendarbeit vor. Die Präsentation ist im Internet unter [www.emden.de](http://www.emden.de) einsehbar.

**Frau Grix** bedankt sich und bittet um Wortmeldungen.

**Frau Meinen** erklärt, gerade in den Stadtteilen sei es wichtig, die Jugendzentren weiter vorzuhalten, da dort eine qualitativ sehr hohe Arbeit geleistet werde. Sie bedankt sich bei dem ganzen Team der Stadt Emden für diese geleistete Tätigkeit. Ihr sei jedoch aufgefallen, dass der Jugendtreff Petkum ein wenig vernachlässigt worden sei. Sie bittet um eine kurze Stellungnahme, da sich mit Unterstützung des Bürgervereins die ehrenamtliche Jugendarbeit seit 2011 dieser Standort stabilisiert habe.

**Herr Reibe** führt aus, der Jugendtreff Petkum habe eine andere Struktur. Es werde dort mit dem Bürgerverein zusammen gearbeitet. Letztendlich sei eine Person aus dem Stadtteil gefunden worden, die die Arbeiten an zwei Tagen in der Woche vor Ort mache. Diese Person sei als Jugendgruppenleiterin über die Schulung zur JuLeiCa ausgebildet worden. Dieses seien natürlich andere Anforderungen wie in Einrichtungen, wo Fachpersonal vorhanden sei. Aus diesem Grunde sei der Jugendtreff Petkum nicht in dieser Übersicht aufgeführt worden. Weiter führt Herr Reibe aus, man freue sich, dass es diese Einrichtung geben würde und versuche, sie weiterzuentwickeln.

**Ergebnis:**            Kenntnis genommen.

### **ANTRÄGE VON FRAKTIONEN**

**TOP 11**                    Berichterstattung über den Sachstand der Planungen für den Kindergarten  
Wolthusen  
-Antrag der CDU-Fraktion vom 14.01.2014  
Vorlage: 16/1117

**Herr Ubben** führt aus, die Kindertagesstätte Wolthusen würde es seit 1973 geben und decke letztendlich den Bereich Wolthusen, Uphusen, Tholenswehr und Marienwehr ab. Unbestritten sei, dass der bauliche Zustand des Gebäudes schlecht sei und Handlungsbedarf bestehe. Aus Sicht der Verwaltung sei es erforderlich, dass an diesem Standort eine Kindertagesstätte vorgehalten werde. Bei der Planung für eine neue Kindertagesstätte habe sich die Stadt Emden mit dem Träger zusammengesetzt und drei Möglichkeiten erörtert. Die erste Möglichkeit sei die reine Sanierung, die zweite Möglichkeit die Sanierung des Altbaus und die Nutzung des Gemeindehauses sowie möglicherweise eine Erweiterung. Die dritte Möglichkeit wäre ein Neubau mit dem Gemeindehaus.

Hinsichtlich der Sanierung sei ein Gutachten erstellt worden, aus dem die Kosten ersichtlich seien. Die gesamten Planungen sei durch das Gebäudemanagement geprüft worden. In bautechnischer Hinsicht würde es keine Auffälligkeiten geben und auch die Kostenschätzungen seien valide.

Herr Ubben erläutert anhand von Folien die Möglichkeiten, die im Internet unter [www.emden.de](http://www.emden.de) einsehbar sind. Er stellt fest, die reine Sanierung würde laut Schätzung des Gutachtens 500.000 € kosten, hinzu kämen noch die Kosten für die Aufstellung eines Containers in Höhe

## **Protokoll Nr. 18 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 13.02.2013**

von 250.000 € und Kosten von ca. 500.000 € für evtl. bauliche Veränderungen, die nach dem neuen Baurecht zu berücksichtigen seien. Damit würde man bei insgesamt 1,25 Mio. € liegen.

Bei der zweiten Variante würde der Altbau des Gemeindehauses saniert und ein Neubau mit einem offenen Verbindungstrakt gebaut werden. Dabei würde das gesamte Gelände wie bisher genutzt. Der Kostenpunkt für die Maßnahme würde bei knapp 2,4 Mio. € liegen. Bei der nächsten Variante würde die Fläche insgesamt anders zugeschnitten werden und der Altbau wegfallen. Dadurch würden drei Grundstücke frei werden. Der komplette Neubau mit entsprechender Kindergartengruppe sei kompakter. Der Kostenpunkt für diese Maßnahmen würde bei 2,23 Mio. € liegen.

**Frau Grix** bedankt sich und bittet um Wortmeldungen.

**Herr Sprengelmeyer** führt aus, mit diesem Thema beschäftige sich die Verwaltung schon seit einigen Jahren. Bereits im Jahr 2008 habe es bereits Hinweise auf die Bausubstanz gegeben. Zwar habe es in der Zwischenzeit die eine oder andere Planung gegeben, doch man könne sich natürlich fragen, warum dieses so lange dauere. Eine wesentliche Ursache würde darin liegen, dass in den letzten Jahren in erster Linie der Krippenausbau betrieben worden sei. Aber es würde auch noch eine weitere Überlegung geben, bei der die Beteiligten nicht so richtig zueinander gekommen seien. Die Stadt Emden arbeite mit der Kirchengemeinde und dem Träger sehr eng und gut zusammen. Seit dem Jahr 2012 betreue der Kindertagesstätten-Verband mehrere Kircheneinrichtungen insgesamt. Eigentümer der Liegenschaft sei die Martin-Luther-Kirchengemeinde.

Weiter führt er aus, es sei auch über verschiedene Ausrichtungen gesprochen worden. Doch an einem Punkt sei man immer wieder hängengeblieben. Die Stadt Emden wolle auch weiterhin mit der Kirchengemeinde und dem Verband arbeiten. Doch man würde hier über ein Gebäude sprechen, welches sich im Besitz der Kirchengemeinde befinden würde und saniert oder neu gebaut werden müsse. Er wisse aus eigener Erfahrung, wie wichtig eine Kindereinrichtung für ein lebendiges Gemeindeleben sei. Daher trage diese Einrichtung erheblich zum Gemeindeleben bei und habe natürlich auch einen kirchlichen Wert, der ein Stück weit berücksichtigt werden sollte.

Herr Sprengelmeyer weist darauf hin, dass bei anderen Investitionen in Neubauten und Sanierungen die Träger sich an der Investitionssumme bis zu 30 % beteiligt hätten. Bezüglich der Eigenbeteiligung des Trägers oder der Kirchengemeinde käme man eigentlich seit Jahren nicht weiter. Er betont, es würde Interessenten geben, die in Emden gerne bereit seien, mit einer gewissen Summe an Eigenbeteiligung einzusteigen. Aus dieser Sicht heraus werde die Verwaltung weiter mit dem Träger sprechen, wie eine Eigenbeteiligung aussehen könnte, da man natürlich mit der Kirche und dem Verband an diesem Standort weiter arbeiten wolle. Abschließend macht Herr Sprengelmeyer darauf aufmerksam, dass die Stadt Emden jedoch auch eine Verantwortung gegenüber dem Steuerzahler habe und die finanzielle Situation nicht außen vor lassen könne.

**Herr Bongartz** stellt heraus, die CDU-Fraktion beobachte seit längerer Zeit, dass hier nichts weiter gehe. Vor der Kommunalwahl hätten alle Parteien und auch die Kandidaten für das Amt des Oberbürgermeisters versichert, dass dieser Kindergarten für sie höchste Priorität habe. Nach seinem Kenntnisstand würde die Kirche sagen, dass sie einen ganzen Kindergarten dort bauen wolle und dass ähnlich wie bei der AWO in der Hermann-Allmers-Straße verfahren werden sollte. Dafür habe man auch die nun vorliegenden Entwürfe in Auftrag gegeben. Wenn jetzt der Eindruck erweckt werde, dass dieses zu teuer sei, dann müsse man auch mit den gleichen Prioritäten umsetzen und alle gleich behandeln. Auch in anderen Bereichen seien Krippenplätze angebaut worden und der Träger habe nichts dazu bezahlen müssen. Auch hier würde es eine Lösung geben und die CDU-Fraktion möchte, dass diese Dinge vorangetrieben würden. Das

## **Protokoll Nr. 18 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 13.02.2013**

Gebäude sei abgenutzt und eigentlich nicht mehr für einen Kindergartenbetrieb zulässig. Seiner Meinung nach sei es an der Zeit, dass Gespräche geführt werden sollten.

**Frau Engelberts** unterstützt die Aussage von Herrn Bongartz und führt aus, dieser Kindergarten, der sich in der Trägerschaft der ev.-luth. Kirchengemeinde befinde, habe Tradition und sei für diesen Stadtteil ganz wichtig. Das Problem der Renovierungsbedürftigkeit bestehe bereits seit vielen Jahren. Um hier zukunftsfähig zu sein, müsse dringend etwas passieren. Man könne das Ganze gemeinsam zukunftsorientiert ausbauen und schauen, wie man unterstützen könne. Ihrer Ansicht sei es wichtig, hier eine gute Lösung zu finden.

**Frau Meinen** bedankt sich für die Vorstellung der Pläne. Sie regt an, dass die Verwaltung entsprechend in die Fraktionen gehe, um darüber diskutieren zu können. Ihrer Meinung nach sei es sehr wichtig, dass die Kirche und die Stadt Emden in Gesprächen bleiben, damit ein gutes Ergebnis für die Kinder erzielt werden könne.

**Frau Weber-Trappiel** fragt an, ob bei den Planungen die Kindergartenleitungen und Elternvertreter mit eingebunden worden seien, um auch den praktischen alltäglichen Nutzen zu hinterfragen. Weiter bittet sie um Auskunft, inwieweit angedacht sei, dort auch einen Hort zu bauen.

**Herr Ouedraogo** ist ebenfalls der Ansicht, dass hier zügig eine Lösung gefunden werden müsse, da diese Einrichtung benötigt werde.

**Herr Grix** macht darauf aufmerksam, dass die Problematik der in den 60-er und 70-er Jahren gebauten Einrichtungen überall gleich sei. Oft nage der Zahn der Zeit an diesen Gebäuden und Geld für eine Sanierung sei nicht vorhanden. Das Problem würde im Grunde genommen darin liegen, dass Rückstellungen durch die Träger nicht gebildet werden könnten, da man nur ein kleines Budget für die Instandhaltung habe. Für langfristige Investitionen zur baulichen Unterhaltung fehle aber das Geld.

Er führt weiter aus, wenn die luth. Kirche genauso handeln würde, wie es die AWO gemacht habe, sei das Problem sicherlich lösbar. Für die Errichtung der Kindertagesstätte in Barenburg habe die AWO Eigenmittel eingesetzt und den Rest als Kredit aufgenommen bzw. den Landeszuschuss dazu bekommen. Bei der derzeitigen Situation der relativ günstigen Kredite sei die Kirchengemeinde sehr gut beraten, mit Unterstützung der Stadt Emden schnellstmöglich eine Lösung zu finden. Er weist darauf hin, dass es auch noch die Möglichkeit geben würde, sich bei der Klosterkammer nach einer Förderung zu erkundigen.

Abschließend stellt Herr Grix heraus, seiner Meinung nach sollte man in diesem Bereich ein bisschen schneller eine Realisierung in Angriff nehmen. Bei der Stadt Emden habe er immer eine wohlwollende Unterstützung erfahren, insbesondere wenn es darum gegangen sei, die Bauanträge zu stellen.

**Herr Ubben** erklärt, die Planung habe der Kindertagesstätten-Verband gemacht. Die Stadt Emden habe dazu keine Vorgaben gemacht. Hinsichtlich des Hortes würde es den Beschluss geben, dass letztendlich alle Grundschulen zu Ganztagschulen umgewandelt werden sollten. Herr Ubben weist auf einen neuen Erlass hin, der in Vorbereitung sei, dass es für die Nachmittagsbetreuung mehr Stunden geben würde. Daher werde es zukünftig das Thema Hort so nicht mehr geben, sondern nur noch eine verlässliche Schulkindbetreuung.

**Herr Sprengelmeyer** betont, die Stadt Emden möchte sehr gerne mit der Kirchengemeinde und dem verlässlichen Kindertagesstätten-Verband weiterarbeiten. Dieses könne aber nicht zum Nulltarif gehen. Es könne nicht sein, dass allein die Stadt Emden hier die Verantwortung trage. Auch die Kirche habe hier eine gesellschaftliche Verantwortung. Gerade mit Blick auf die eigene gemeindliche Entwicklung wäre es aus seiner Sicht wichtig, auch aus diesem Grund heraus den Standort zu erhalten. Auch die Stadt Emden habe den Anspruch, den Standort zu

## **Protokoll Nr. 18 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 13.02.2013**

halten. Seines Erachtens sei es müßig zu sagen, wer dafür verantwortlich sei, dass das Gebäude jetzt so aussehen würde. Völlig außer Frage stehe es, dass hier ganz dringend etwas passieren müsse. Die Verwaltung werde der Politik auch einen entsprechenden Vorschlag machen. Es müsse jedoch nicht nur ein gemeinsamer Plan, sondern auch eine gemeinsame Finanzierung auf den Weg gebracht werden, wenn man über die Gleichbehandlung der Träger und auch über eine gesamtgesellschaftliche Verantwortung für die Kinder spreche.

**Ergebnis:** Kenntnis genommen.

### **TOP 12** Mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

#### 1. Informationsveranstaltung

**Herr Sprengelmeyer** erinnert daran, dass im Jugendhilfeausschuss ein umfangreiches Kinderkonzept sowie eine Beschlussvorlage über die Vereinbarung nach § 8 a SGB VIII Kinder- und Jugendhilfegesetz eingebracht worden sei. Die Fraktionen hätten darum gebeten, hier genauere Informationen zu erhalten. Daraufhin sei eine Informationsveranstaltung angeboten worden, die leider nur wenig Resonanz gezeigt habe. Aus diesem Grunde wolle er heute ein Meinungsbild abfragen, ob ein Informationstermin seitens der Ratsmitglieder und auch der beratenden Mitglieder gewünscht werde.

**Herr Fooken** hält dieses Thema für wichtig. Er bittet jedoch um eine komprimierte Darstellung, sodass diese Veranstaltung innerhalb einer Stunde beendet sei.

**Frau Grix** stellt heraus, dass der Ausschuss im Allgemeinen damit einverstanden sei.

**Frau Risius** bittet darum, den Beginn dieser Informationsveranstaltung mit Rücksicht auf die Berufstätigen auf 17:00 Uhr zu legen.

**Herr Sprengelmeyer** stellt abschließend fest, er werde eine konkrete Abfrage über die Fraktionsvorsitzenden machen, um dann in die Planung einsteigen zu können.

#### 2. Jugendgruppenleiterlehrgang

**Herr Reibe** weist darauf hin, dass in der Zeit vom 09. bis 17.04.2014 ein erneuter Jugendgruppenleiterlehrgang auf Juist stattfinden würde. Interessenten können sich bei ihm melden.

### **TOP 13** Anfragen

#### 1. Spielfläche bei der IGS Wallschule

**Herr Fooken** bittet darum, bei der freien Spielfläche im Bereich der Schaukeln bei der IGS Wallschule Gummimatten auszulegen, da der dortige Zustand des Bodens eine Katastrophe sei und die Kinder mit den dreckigen Schuhen auch in die Schule hineingehen würden. Der Schulleiter sei hier bereits tätig geworden, jedoch sei eine Reaktion bisher ausgeblieben.

## Protokoll Nr. 18 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 13.02.2013

### 2. Jugendwerkstatt

**Herr Grix** fragt an, ob sich für die Fortsetzung der Aktivitäten der Jugendwerkstatt schon etwas Neues ergeben habe.

**Herr Sprengelmeyer** entgegnet, es würde noch keine neuen Erkenntnisse geben, da es bisher auch keine weiteren diesbezüglichen Gespräche zwischen der Kirche und der Stadt Emden gegeben habe.

Die Vorsitzende schließt die Sitzung.